

DEUTSCHE

PÄCKER-ZEITUNG

Offizielles Organ
des Verbandes der Bäder und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Hamburg), Gr. Neumarkt 28, I.

Erhält jedes Woche Sonnabend.

Postzeitungslize Nr. 1787a.

Offizielles Organ
der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäder u. Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Dresden), Liliengasse 12.

Berbandsmitglieder! Bezahlte regelmäßige Eure
Beiträge und werbet unablässig neue Kämpfer für
die Organisation!

Die Bedeutung der Gewerkschaften und der wirtschaftliche Niedergang.

Die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter, die Gewerkschaftsorganisationen, sind seit ihrer Entstehung von ihren Gegnern mit einer Erbitterung bekämpft worden, die ihres Gleichen sucht. Während man Korporationen, wie Syndikate, Trusts, Handelskammern, die sich zum Schutz des Kapitals bildeten, als etwas Selbstverständliches, ganz Natürliches und Nothwendiges ansah, ja, sie sogar noch durch Gesetze schützte und mit Privilegien überhäufte, sah man in den Arbeitervereinigungen seinen grimmigsten Feind und erklärte ihnen den Krieg aufs Messer.

Der kapitalistische Korporationsstaat fand sich nicht nur in den Gerichtshöfen ein, um das Interesse seines Klienten zu schützen, sondern auch in der Gesetzgebung, in den Wählerrängen der Parlamente. Er nimmt auf der Richterbank wie in den Gesseln der Verwaltung Platz; er plaudert für die Sachen seines Klienten auf der Rednertribüne wie in den gehäuteten Räumen seiner Presse. Er ist allgegenwärtig. Alle Institutionen des Staates sind von ihm besetzt und durchsetzt, die Linke der Gesetzgebung hat er in seiner Hand, die Verwaltung steht unter seinem Einflusse.

Das ganze Kapital des Arbeiters besteht in seiner Arbeitskraft. Diese aufs Beste zu verwerthen, so thuer wie möglich und unter den günstigsten Bedingungen zu verkaufen, ist sein Recht und seine Pflicht. Eine langjährige bittere Erfahrung hat ihn gelehrt, daß er sich in der Vereinzelung als Individuum vor der Ausbeutung durch das Kapital nicht schützen kann, deshalb hat er sich mit seinen Berufs- und Leibgenossen verbunden, um das Schicksal aller widerstandslosen Arbeiter aller Zeiten und Länder von sich abzuwenden — die ökonomische Sklaverei.

So sind die Arbeiter-Unionen und Gewerkschaftsverbände entstanden. Welche Mängel ihnen auch noch anhaften mögen, so viel ist gewiß, daß es für den Arbeiter zunächst kein anderes Schutzmittel gibt, als die Gewerkschaftsorganisation. Von mancher Seite weist man die Arbeiter auf das Gesetz: aber das Gesetz ist für und mit dem Starken und Mächtigen, der es in seinem Interesse gemacht hat; auf die Religion: aber es gibt bei dem Kapitalisten heute nur die Religion dem Namen nach, seine Religion ist das Geld, sein Gott der Profit; auf den guten Willen und die Einsicht der Arbeitgeber: aber der gute Wille derselben ist nur ihrem Vortheil zugewandt, Einsicht ist bei ihnen am allerwenigsten zu finden, denn die Profitsucht hat ihr Auge blind gemacht gegen soziale Erscheinungen, auf eine fürsorgliche, väterliche Regierung: aber diese betrachtet den Arbeiter als Stiefkind, als Staatsbürgen niederen Ranges; auf die Presse: aber die sieht gleichfalls im Dienste der Unternehmer und hat sich entweder als offene Feindin der Arbeiterbewegung oder als falsche Freundin erwiesen. So bleibt dem Arbeiter nichts anderes übrig, als seiner eigenen Kraft und der seiner Genossen zu vertrauen, mit anderen Worten, sich selbst zu helfen, indem er sich zu Schutz und Rettung gegen gewissenlose Ausbeutung, Überhürdung, Gefährdung seines Lebens und seiner Gesundheit und Verelendung seiner Person und seiner Familie mit seines Gleichen verbindet, um Schulter an Schulter allen Fährlichkeiten widerstehen zu können.

Ist jemand in der Lage, ein anderes Schutzmittel gegen die moderne Sklaverei vorzuschlagen, so trete er her vor und nenne dasselbe. Die einfachste Weise, uns Arbeitern eine menschenwürdige Lebenshaltung zu sichern, ist der Aufbau der vorhandenen gewerkschaftlichen Organisationen dergestalt, daß die große Mehrzahl der Berufsgenossen in einer einzigen, lebendigen, wirksamen Organisation zu gegenseitigem Schutz vereinigt ist.

Die Organisation, die Verbindung von sozialen Kräften, muß stark genug und geeignet sein, die schnöden, hinter-

listigen Angriffe auf unsere Rechte zurückzuweisen. Zu diesen Rechten gehört auch das Recht, in der Bestimmung des Lohnes und der Arbeitszeit ein Wort mitzureden, weil, wenn das Prinzip des freien Arbeitsvertrages kein bloßes Gerede oder keine Fabel ist, die Arbeiter als solche als eine Partei zu diesem Vertrage betrachtet werden müssen.

Dieses unzweifelhafte Recht sucht man durch Berufung auf die "freie Konkurrenz" dadurch wirkungslos zu machen, daß man Puschker, Streitbrecher, Geschwätzlumpen und sonstige zweifelhafte Elemente an Stelle der ausgeschlossenen Arbeiter, welche auf ihr Recht bestehen und es energisch vertreten, einstellt. Um dies zu verhindern, sind die intelligenten Arbeiter an das Meisterwerk der Organisation aller Arbeitskräfte gegangen. Die Größe des Unternehmens angesichts der allgemeinen Unwissenheit in sozialökonomischen Fragen hat zwar manche ängstliche Personen abgehalten, in einen Arbeiterverband zu treten, aber der Fortschritt der guten Sache veranlaßt, daß täglich neue Rekruten in das große Heer eintraten.

Die Bewegung ist und wird auch in Zukunft noch mehr im Stande sein, ihren Mitgliedern materielle Vortheile zu erringen und somit fortwährend an Intensität zunehmen. Sie zu leiten und zum Besten der Arbeit zu beforschen, das ist der Zweck der Organisation.

Man kann wohl eine Unzahl dünne Kräfte zu einem Bündel vereinigen — und sie sind als solches stärker als einzeln — aber man kann sie nicht organisieren. Für unser großes Werk bedürfen wir also lebendiger Kräfte, Männer mit klarer Erkenntniß, gutem Willen und durchdrungen von dem Gefühl der Solidarität, welches zu dem Entschluß reift: Einer für Alle, Alle für Einen!

Das ist die Signatur der Organisation!

In guten Zeiten, d. h. in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs ist die Position, die Stellung der Arbeiter eine ziemlich günstige, die auch von ihren Organisationen zur Verbesserung der Lebenslage benutzt wird. Kommen aber Zeiten der Krise, des wirtschaftlichen Niedergangs, wie wir sie jetzt haben, dann wird die Stellung ungünstiger. Das, was in guten Zeiten den Unternehmern abgetrotzt wurde, muß erhalten und vertheidigt werden. Die Arbeiter müssen während der Krise lernen, wie weit ihre Kraft reicht und hier zeigt es sich wieder recht deutlich, wie unendlich nötig ein Zusammenschließen der einzelnen Arbeiter ist. In Zeiten des geschäftlichen Niedergangs erprobt sich die Güte der Gewerkschaften, die Standhaftigkeit ihrer Mitglieder. Es nutzt nichts, in flotter Geschäftszeit begeistert für die Organisation zu sein, wenn man in Krisenzeiten den Verband verlassen will. Ein tapferer, ehrlicher Arbeiter läßt seine Kollegen nicht im Stich, wenn die Lage ernst wird. Dann gerade muß sich die wahre Solidarität zeigen. In guten Zeiten ist es nicht schwer, Kollegialität und Opfermut zu beweisen, erst in der Not zeigt sich der echte Mann.

Der Aufschwung im wirtschaftlichen Leben hat die Kluft zwischen Kapitalisten und Proletariern vergrößert, trotzdem eine Hebung der Arbeiterklasse in sozialer Beziehung in den letzten Jahrzehnten Platz gegriffen hat. Die Unternehmer haben Riesensummen verdient, während den Arbeitern das, was ihnen die Lohn erhöhungen brachten, durch Verhinderung der Lebens- und Unterhaltungsmittel so ziemlich wieder genommen wurde.

Zieht ist die Krise bereits da und auf wirtschaftlichem Gebiete machen sich die Folgen der wüsten Spekulationen in unheimlicher Weise bemerkbar. Die Meldungen über massenhafte Arbeiterentlassungen, Lohnkürzungen, Betriebs einschränkungen und Einstellungen, Bankrott mehren sich. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird immer düsterer und trostloser. Nach einer, dabei noch sehr unvollkommenen, Arbeitsmarktsstatistik der kommunalen Arbeitsnachweise gestaltete sich ihre Thätigkeit wie folgt:

	Arbeitgebend	Arbeitnehmend	ermittelte Stellen
1897:	145 321	176 000	104 332
1898:	181 185	213 391	122 128
1899:	242 072	265 069	160 645
1900:	271 405	315 197	185 437

Schon diese sehr beschränkte Nachweisung gibt ein Überangebot von Arbeitern, 43 000 Arbeitslose für 1900 an; in Wirklichkeit ist die Ziffer bedeutend höher gewesen.

So regelmäßig wie Ebbe und Fluth ist in unserer heutigen Wirtschaftsmethode der Wechsel von Aufschwung und Niedergang. Uebertauft ist diese Erscheinung wahrzunehmen. Während des wirtschaftlichen Aufschwungs produzierter wertlose Kapitalisten barauf los, bis schließlich der Markt überfüllt ist. Um das Absatzbedürfnis tünneen sie sich nicht, die Sucht nach möglichst hohen und schnellen Profiten hat ihnen die Zügel der Produktion entzissen, sodass sie nicht mehr im Stande sind, dieselbe zu beherrschen. Dann bricht die Krise herein. Sie stürzt zahlreiche Angehörige des Mittelstandes und Kleinkapitalisten in den Abgrund der Besitzlosigkeit. Die Kapitalisten gehen in die Hände einiger Großen über, sodass diese reicher nach der Krise sind als zuvor. Dies Zusammenfließen der Kapitalien in die Hände eines kleinen Kreises von Geldfürsten ist das bedeutsamste Merkmal unserer Wirtschaftsmethode. Die Macht dieser Geldprogen wird dadurch ungemein vermehrt.

Sind schon in der Zeit des flotten Geschäftsganges Lustige zur Auseinandersetzung der Arbeiterklasse hervorgetreten, wie soll das jetzt in der Zeit der Krise werden??!

Wäre die Arbeiterschaft schon hineinhead stark organisiert, dann könnte sie der flauen Periode ruhiger entgegensehen. Wie die Dinge heute liegen, werden die Arbeiter wieder einmal den Löwenanteil der Kosten der wohnstarken Kapitalistenwirtschaft zu tragen haben, denn der Geldproz ist nicht gewillt, für seine Sünden zu büßen, er bürdet das Andere auf.

Deshalb! Bauen wir die bewährte Organisation weiter aus auch in der schweren Zeit. Ist sie vorüber und haben die Gewerkschaften die Probe gut bestanden, so bringt der neue Aufschwung uns bedeutende Vortheile durch eine mächtige starke Organisation.

Treffen wir Vorfahrten, daß wir dieser immer näher kommen, dann werden wir in der Lage sein, uns Bugestände zu erzwingen, wo uns heute nur mit Hohnglächter entgegnet wird, denn

Geschenkt wird uns nichts werden.

Den Bettler weiß man ab,

Der Schwache wird verachtet —

"Stark muß man sein!"

Untergraben höhere Löhne die Existenz des Kleinmeisters?

Der Übergläube, daß Lohn erhöhungen, in sämtlichen Bäckereien einer Stadt gleichmäßig eingeführt, besonders die Kleinmeister schädigen und deren Existenz geradezu unmöglich machen würden, spukt heute noch überall in den Köpfen dieser Kleinmeister und systematisch suchen die Initiativführer dieser Übergläuben in ihren Reihen zu erhalten, womit sie auch noch sehr viel Erfolg haben; ja sie sehen alles daran, um auch den Gehülfen, die sich noch — ob mit oder ohne Aussicht auf die Möglichkeit der Ausführung — in der frühen Hoffnung wiegen, bald einmal selbstständig zu werden, diesen Köhlergläuben aufzubinden und halten auch hierin bisher nur zu oft Erfolg, denn der unerfahrenen Gehülfen denkt nicht lange über eine Sache nach, sondern ist leider nur zu leicht geneigt, jedes Märchen, das ihm von jener Seite aufgebunden wird, als baare Münze hinzunehmen!

Ich will nun im Nachfolgenden versuchen, zu beweisen, daß dieser Glaube, höhere Löhne schädigen in erster Linie die Kleinmeister, Unsinn und nur Unsinn ist!

Man sieht sich heute einen Kleinmeister an, der gerade so viel Bäckerei zu bauen hat, als er allein, ohne jede Hülfstrafe, herzustellen im Stande ist. Dieser Meister schindet sich 365 Nächte im Jahre ab, arbeitet ebenso schwer und öfters noch länger, als er dieses als Gehülfen thun möchte und wenn das Jahr um ist, muß er einsehen, daß er nichts, rein garnichts dabei erübrigt hat, sondern das ganze Jahr hindurch nur gearbeitet hat, um einigermaßen mit seiner Familie sich durchs Leben schlagen zu können.

Nun sagt er sich, „ja für solch einen kleinen Geschäftsumfang ist eben die Miete der Bäckereiräume und ebenso sind alle anderen Geschäftskosten zu hoch; ich muß stecken, mein Geschäft zu vergrößern, um existieren zu können“ und nun bietet er alles auf, um mehr Kundshaft, Lieferungen an städtische Krankenhäuser oder an Militärkantinen, Gefängnisse oder an Zwischenhändler zu bekommen. Aber die Konkurrenz ist infolge der Überfüllung unseres Berufes groß und abgesehen von den öfters horrenden Summen, die et-

auf solchen Geschäftsgängen bei Meistern und Händlern ver-
gehen muß, um sich bestellt zu machen, — die erste Bedin-
gung, um neue Freundschaft zu erwerben — wird er gewahr,
dass die Preise für solche Lieferungen schon dermaßen gedrückt
sind, dass sie kaum die Kosten des Rohmaterials decken; aber
es muss ja sein Geschäft vergrößern und um die Lieferung zu
erhalten, muss er seine Maate noch billiger anbieten. Er
weiß, dass er mit den Preisen nicht auskommt, aber seine ver-
zweifelte Lage treibt ihn zu solcher Preisdrückung. — Er hat
nun eine oder einige bedeutende Lieferungen erhalten, hat
jetzt ein großes Geschäft, kann seine Arbeit nicht mehr allein
machen und muss sich einen oder bald mehrere Gehülfen an-
stellen.

Weil er aber an seinem Geschäft so wenig verdient, die
Waren zu billig verschleudert, deshalb kann er auch nicht viel
Lohn ausgeben und nun zahlt er den Gehülfen förmlich
Hungerlöne, dabei hat seine Frau dafür zu sorgen, dass für
die Gehülfen fleiss Schmalhans Küchenmeister ist. Er kann
ja nicht mehr geben, kann ja auch andere Gehülfen in Hülle
und Fülle bekommen, wenns einem bei ihm nicht mehr paßt —
und bald ist die Bäckerei als größte „Bruchstelle“ oder „Dallas-
hude“ unter den Gehülfen am Orte bekannt. Der Herr
Bäckermeister erhält nun überhaupt nur Arbeitskräfte, die
minderwertig sind, aber die durch lange Arbeitslosigkeit in
hölteriger Not sich befanden und auch die schlechteste Stelle
annehmen und dort auszuhalten müssen, bis sie die Not zum
Teil überwunden haben.

Aber auch diese Lohnbrüderei hat dem Meister nichts
genützt, ihn dagegen geschäftlich durch Fertigstellung minder-
wertiger Backwaren noch geschädigt und als letzter Rettungs-
anker nimmt er seine Zuflucht zur Lehrlingszüchterei und
Ausbeutung; aber — der Bleiergeier schwört schon über
seinem Haupte und holt ihn bald trock aller verzweifelten
Gegenseite!

Warum blieb dieser Meister nicht bei seinem kleinen Ge-
schäft, das ihn, wenn auch nur kümmerlich, ernährte? Kann
er denn nicht einsehen, dass die lange Arbeitszeit, miserable
Entlohnung und übergroße Lehrlingszüchterei der Fluch
unseres Gewerbes ist? Bürden im Allgemeinen in unserem
Berufe menschenverdächtige Löhne bezahlt, so würden die Bad-
waren an Händler, Wirth, Spitaler und Kranken nicht
vernünftig verschleudert werden können, als wie es tatsächlich
geschieht. Die höher bezahlte Arbeit jedes einzelnen Arbeiters
bedingt es, dass auch die Arbeit eines allein — ohne Hülfs-
kräfte — seinem Geschäft vorliegenden Meister besser bezahlt
wird und damit bringt sein kleines Geschäft mehr ein, er
kann damit seine sichere Existenz finden!

Die Schmutz- und Schleuderkonferenz in unserem Be-
rufe wird so lange weiter bestehen, so lange nicht Lohn und
Arbeitszeit der Gehülfen allgemein geregelt und auf ein
höheres Niveau gebracht sind!

Muss der Bäckermeister dem Gehülfen einen Wochenlohn
von 20—30 M. zahlen, dann wird er bei Abschlüssen von
Lieferungsverträgen auch diese mit in Betracht ziehen müssen
und darnach seinen Preis ermitteln, während er heute die
5—8 M. Gehülfenlohn kann in Betracht zieht und die Be-
fertigung rechnet er garnicht! — Schauen wir uns doch einmal
die Verhältnisse in St. Pölten an, in dieser Beziehung an, wo
habe der Ministerialherr eines Gehülfen für sechs Tage Arbeit
pro Woche 28 M. beträgt. Dort geben früher die Meister
noch 20—40 Prozent Rabatt an Händler, Wirth usw. Wie
schnell hat man dort geregelte Gehülfenverhältnisse schaffen
mögen, als alle Meister sehr hohe Löhne bei gleicher Arbeits-
zeit zahlten mussten, als als die höchsten Meister nicht ein-
sahen, dass sie, weil sie nicht im Stande waren, sich die teuren
Wäsche angeschaffen, und diese wollten auszunehmen, auch nicht
gegen die exponen Brotdistributanten konkurrieren konnten, be-
gannen sie das für ihre Kunden nötige Schwörzeugtrotz
der Brotdistribut und verbreiteten jetzt mehr als Händler daran
es, wenn sie nur wenig haben selbst herstellen würden. Seht
jetzt ein Stück von ihnen sogar gemeinsam eine Genossen-
schaftsbrücke errichtet, welche allen das Brod liefert und
der Theilhaber noch höhere Dividende abwirft.

Und durch ausführliche Entlohnung der Gehülfen wird
durch die heutige Überfüllung der Bäckereien bald besiegt
sein, denn auch vermögende Gehülfen, die Kost und
Rohstoff neben auskömmlichen Lohn herausgezahlt be-
kommen, haben gar kein Bedenken, Meister zu werben,
sondern leiden ihr Vermögen für den Fall der Not zu
und bleibend Gehülfen.

So sehen wir, dass unsere Kleinmeister, anstatt unsere
Bäckereien und unsere Organisation zu befähigen, in
ihrem eigenen Interesse diese stärker zu ziehen, wenn sie mit
ein wenig soziales Verständnis feiern würden, denn
wird der Arbeiter gut bezahlt, so ist die logische Folge, dass
der Meister, der auch selbst mitarbeitet, auch keinen guten
Lohn eines Arbeiters verdient. Welcher aber unserer Klein-
meister das nicht einsehen und sich den Bäckereien nicht
unterordnen, so werden sie vom Kapital nach Großbetrieb auf-
gerissen und kein Meister weint den verlorenen Kunden
eine Thräne nach! Der Streit ist im Rollen und rollt weiter,
und wenn er fällt steht, so nur zweimal, um bei der ersten
Gelegenheit wieder ausgefahren zu werden.

A. Unterlagen, 2. S. in der Schweiz.

Die Tugeder Innungsmänner an der Arbeit!

Zu unserer „Festtagsfeier“ Basel war es nach langem
Schlaf unserer Kollegen wieder einmal gelungen, eine Schrift
des Reichsgerichts zu erhalten. Das Gesetz ist nach Be-
hauptung der Innung nichts für unsrer Meister bestimmt bei den
Bedingungen des Sozialstaats einzugehenden Baudienstesplänen.

Und nunmehr, weil es keine anderen Stadt in das
Leben eines Bäckergewerbes eindringen, versteht sie, als
gerade hier. Schaffte doch leider Bäckerei, Schaf-
ferei, welche wohl keine Ausdehnung abhat, aber mitunter
einen Städtebüro habe, wo jeder Sonne nach Brot brau-
ket. Beides, welche den Großbetriebes nicht weit
entfernen, was nun geschieht ist oft ja genau aber etwas
doch darin zu ärgern. Das gab die rücksichtsvollen
Bäckereien unserer Innungsmänner. Ist es da zu verant-
worten, wenn sie die Kollegen nach anderen Bäckereien
ziehen und in dem Anfang an den Verstand das einzige
Arbeitsmittel erhaben, welches ihnen zur Verfügung steht.
Sie wollen sie für nicht mehr als Schlossermeister der
Zimmermeisterin lassen, nicht mehr die lieblichen eines sozial-
staatlichen Arbeitnehmers erhaben, sondern eigentlich Bäckerei-
meister in dieser Schaffenskraft unseres Gewerbes. All die
Schaffenskraft der Innungsmänner in Bezug auf die sozial-
staatlichen Forderungen ist nicht mehr. Die Gefallen waren
für die jungen Männer, den Mann mit dem Ausland von
der Welt; am besten wäre es, wenn die Welt nicht so
geworden. Gleich ist der ersten Verhandlungssitzungen in Bezug auf die sozial-
staatlichen Forderungen, in der zweiten waren es schon fast
Möglichkeiten. Die Innung ist richtig zu; glaubt sie doch, dass

jetzt der Verband seinen Höhepunkt erreicht habe; im Übrigen
gönnte sie den Kollegen auch wieder einmal den Luxus, sich
in einigen Versammlungen ordentlich auszutoben und gegen
die Meister zu wettern, um dann nachher wie das Hornberger
Schießen zu verlaufen.

Das war bei den vorigen zwei Gründungen so gewesen
und so muß es auch diesmal werden; so kultivierten die Pro-
pheten der Innung. Doch die Innung dachte und — der Ver-
band lachte! Die Mitgliederzahl wuchs in ein paar Wochen so
rapide, dass die Zahlstelle 130 Mitglieder hatte.

Das war der erste Erfolg einer intensiven Agitation.
Mit fühlbarem Interesse folgte man innerhalb der Mitgliedschaft
sowie außerhalb derselben deren Entwicklung. Mancher
Kollege, welcher bis dato noch recht pessimistisch der Organisa-
tion gegenüberstand, sah auch mittlerweise ein, dass diesmal
mit Ernst an die Sache gegangen wurde und er ließ sich auf-
nehmen. So wanderten nach Innungsempfang alle die kreuen-
Schäfchen von anno Dazumal in das Lager der Rebellen.
Einige der Innungshelden haben schon das drohende Unge-
witter eines Streits nöten! O Welch ein Gruseln!

Nun aber macht sich auch Leben in den Reihen der Arbeit-
geber bemerkbar. Leichter waren von ihnen führen Träumen
durch die rauhe Wirklichkeit aufgeteucht. Jetzt galt es, die
Zahlstelle des Verbundes in Trümmer umzuwenden. So
ging man zuerst dem Arbeitsnachweis, der von den Gesellen
erreicht war und gut funktionierte, auf den Leid. Es wurde
Anzeige erstattet, mit der Beurkundung, der Nachweis sei nicht
angemeldet. Der Sprechmeister desselben wurde wohl drei
bis vier Mal zur heiligen Hermannaburg gerufen; das Ende vom
Liede war: „Über allen Wipfern ist Ruhe!“

Doch der Ruth sank nicht; nach altbewährter Praxis
wurde die Maßregelung der Vorstandsmitglieder ausgeführt;
dachte man doch, so dem verborgten Verband den Todestisch
verzeigt zu haben. Die Rechnung war aber ohne den Wirth
gemacht. Der Vorstand der Zahlstelle ergriff die rechten
Mittel und so sind alle Vorstandsmitglieder bis auf einen
wieder in Arbeit. Die Kundmachst der maßregelungslustigen
Bäckermeister sank ganz bedenklich, weil erkannte, da ihre Waare
bezog, wo die Kollegen eingestellt waren. Diese Scharte, welche
die Innungslorphaen dem Verbande geschlagen hatten, ist
wieder ausgeweitet. Noch manche harte Ruh wird es zu Inaden
geben, noch manches Hindernis wird noch zu übersteigen sein,
aber mit der Parole: „Durch Kampf zum Sieg“, werden
auch wir unser Ziel erreichen! H. S.

Der Kampf der Innungshelden gegen den Maximal- arbeitsstag im Bäckergewerbe.

Ein neues Mittel zur Bekämpfung unseres Maximal-
arbeitsstages haben unsere Innungshelden in den Handwerklam-
mern gefunden, wie aus dem Protokoll der zweiten Voll-
versammlung der Handwerklammer zu Freiburg i. Br. vom
18. Oktober 1901 hervorgeht. Zum 10. Punkt der Tages-
ordnung wurde eine Eingabe des Vorstandes des Germania-
Zweigverbandes der Bäckereinnung der Provinz Sachsen,
Anhalt und Thüringen, die Abänderungen der Bäckerei-
verordnung betreffend, zur Beratung gestellt.

Zu diesem Punkte referierte laut Protokoll der Vorsitzende
der Handwerklammer, Herr Hofschuhmachermeister Alfred
Braun Freiburg, wie folgt:

„Unter 4. März 1896 hat der Bundesrat die
Arbeitszeit im Bäckergewerbe durch Verordnung auf zwölf
Stunden begrenzt und die Bäckermeister hierdurch unter
Polizeikontrolle und Strafe gestellt.

Durch diese Verordnung ist dem Bäckergewerbe erheblicher
Schaden entstanden! Ein und dieselbe Arbeitsleistung kostet sich
in der Bäckerei unmöglich täglich in ein und derselben Zeit
herstellen, weil die Herstellung der Bäckereien von dem zum
Gelingen nötigen Bäckprozess abhängt und dieses wieder
durch die verschiedenen Temperaturerhöhung längere oder
kürzere Zeit beansprucht, ebenso wird durch die verschiedene
Güte des Heizmaterials der Bäckprozess optimal so verlangt,
dass kein besten Willen die Backwaren in der vom
Gesetz festgelegten Zeit nicht fertig gebunden werden können.
Zerner ist es unmöglich, eine in der Bäckerei angefangene
Arbeit zu unterbrechen und ohne sie dem ganzenischen
Verdienst auszusetzen, bis auf den anderen Tag bei Seite zu
legen.“

„Wäre der Hofschuhmachermeister gelehrter Bäcker, so
 könnte man ihn wegen seiner Ausführungen ganz gut den
 Namen „Schäfer“ beigeben. So hat er geschaut, was man
 ihm vorwarf! Der Einender.“

Herr Obermeister Benz, Freiburg, giebt dann Erklä-
 rungen, die sich auf seine praktischen Erfahrungen gründen.
Er sagt, dass seit dem Bestehen der Bäckereiverordnung das
gute Einvernehmen zwischen Meister und Gesellen in be-
deutender Weise geschwunden sei, wozu die scharfen Be-
 stimmungen mit beigetragen haben. (!!! Der Einender.) Er meint daran an eine Reihe von Unzuträglichkeiten im
 Einzelnen hin und erzählt die Verhandlung, dem Bäcker-
 gewerbe hellsichtig beizustehen.

Eine weitere Eingabe desselben Zweigverbandes bezieht
sich auf die im Einwurf erhebene Verordnung vom 23.
August 1900 über Anlage neuer und neuverhältnisige
bedeckter Bäckereien, welche nach den Ausführungen des Herrn
Hofschuhmachermeisters sehr schwierig in die Besitz- und
Betriebsverhältnisse der Bäckermeister und auch eines
gezogenen Theiles der Handwerker eingreift.

Belehrts des Maximalarbeitsstages wurde beschlossen, an
des Reichsgerichts die Bitte zu richten, dass die Maximal-
arbeitszeit in eine Minimalarbeitszeit von 10 Stunden um-
gestellt werde, mit Ausnahme einer Verkürzung des
Sonntags und an den Tagen vor den Feiertagen auf acht
Stunden Arbeit, damit den erhöhten Anforderungen des
Publikums und auch dem Sonntagsangebot genüge ge-
leistet werden kann.

Belehrts des Einwurfs der Verordnung über Anlage
und Errichtung von Bäckereien wurde beschlossen, bei dem
Reichsgerichtsamt behingehend verstellig zu werden, dass die
soige Bäckereiverordnung auf die bestehenden, im Besitzen des
Bäckersitzes und in den Anfang an den Verstand das einzige
Arbeitsmittel erhaben, welches ihnen zur Verfügung steht.
Sie wollen sie für nicht mehr als Schlossermeister der
Zimmermeisterin lassen, nicht mehr die lieblichen eines sozial-
staatlichen Arbeitnehmers erhaben, sondern eigentlich Bäckerei-
meister in dieser Schaffenskraft unseres Gewerbes. All die
Schaffenskraft der Innungsmänner in Bezug auf die sozial-
staatlichen Forderungen ist nicht mehr. Die Gefallen waren
für die jungen Männer, den Mann mit dem Ausland von
der Welt; am besten wäre es, wenn die Welt nicht so
geworden. Gleich ist der ersten Verhandlungssitzungen in Bezug auf die sozial-
staatlichen Forderungen, in der zweiten waren es schon fast
Möglichkeiten. Die Innung ist richtig zu; glaubt sie doch,

kommen um so besser und ungenauer über unseren wölbigen
Arbeiterkorb herfallen und obengenannte Beschlüsse fassen.
Dabei konnte man am Tage nach der Sitzung in den heutigen
Tageblättern lesen, dass sämtliche Beschlüsse der Hand-
werklammer in größter Einmuthigkeit zwischen Innung-
vertretern und Gesellenausschüssen gefasst wurden.

Die Herren haben wahrscheinlich geglaubt, der Gesellenaus-
schuss würde diese Beschlüsse so ruhig hinnehmen, aber man
hatte die Rechnung ohne den Schnied gemacht. Als dem
Vorsitzenden des Gesellenausschusses der Bericht zugefunden
wurde und er die Beschlüsse in dem Protokoll stand, reichte er
sofort Beschwerde dagegen ein. Gleichzeitig wandte er sich an
den Einender dieses mit der Bitte um Überlassung von
Material, damit er in der einige Tage darauf stattfindenden
Vorstandssitzung der Handwerklammer die gesuchten Be-
schlüsse bekämpfen könne. Dies wurde ihm auch bereitwillig
übergeben.

In der obengenannten Vorstandssitzung wurde dann die
Beschwerdeschrift des Vorsitzenden des Gesellenausschusses
verlesen und zur Beratung gestellt. Genoss Gerle begründete
seine Beschwerde und beschrie mit unverkennbarem Material
die Beschlüsse. Er stützte sich auf die Ausführungen der
Staatsminister v. Böltcher und v. Berlepsch in der Reichs-
tagssitzung vom 22. April 1896. Die Herren Innung-
vertreter erkannten in diese Ausführungen als richtig an,
hielten aber ihre Beschlüsse in ganz proktiger Weise aufrecht
und erklärten, der Gesellenausschuss möge selbst ein Gutachten
über diese Beschlüsse an das Reichslandgericht einsenden.

Zu bemerken sei noch, dass der antreibende staatliche Kom-
missar, Herr Geh. Rath Ruth, weder in der Hand-
werklammer noch in der Vorstandssitzung ein Wort
über die statutenwidrige gesetzliche Beschlüsse verlauten ließ.
Zudem wäre es die Pflicht dieses Mannes gewesen, als
Vertreter des Staates in der Sitzung der Handwerklammer
auf das statutenwidrige Übergehen des Gesellenausschusses
in dieser Beschlussfassung hinzuweisen.

Der Gesellenausschuss hat nun beschlossen, folgendes Gut-
achten an das Reichslandgericht einzusenden:

„Gutachten des Gesellenausschusses der Handwerklammer
zu Freiburg.“

An das Kaiserliche Reichslandgericht-Amt,
die Eingabe der Handwerklammer Freiburg, die Bäckerei-
verordnung betreffend.

Bezugnehmend auf die Eingabe der Handwerklammer
Freiburg i. Br., die Abschwächung der bundesrätlichen
Bäckerei-Verordnung vom 4. März 1896, erlaubt sich unter-
zeichneter Gesellenausschuss der Handwerklammer Frei-
burg folgendes Gutachten abzugeben:

Indem die Eingabe der Handwerklammer ohne Zus-
ammenhang des Gesellenausschusses erfolgt ist, erklärt der
Ausschuss, dass er nicht der Meinung ist, dass die 12stündige
Maximal-Arbeitszeit in eine tägliche 10stündige Ruhezeit
umzuwandeln ist, sondern bestehen bleiben soll. Der Ge-
sellenausschuss ist überzeugt, dass die Bäckermeister ganz
gut mit der 12stündigen Arbeitszeit auskommen können und
dass die Behauptung, dass das gute Einvernehmen
zwischen Meistern und Gehülfen seit dem Bestehen der
Verordnung so sehr gestört sei, nicht stichhaltig ist. Der-
selbe ist vielmehr der Ansicht, dass vor dem Bestehen der
Verordnung, wo die Arbeitgeber noch nach Willkür die
Gehülfen oft durch unmenschlich lange Arbeitszeit ausnutzen
konnten, es mit dem guten Einvernehmen viel schlimmer
ausgegangen ist, als seit dem Bestehen der Verordnung.
Ebenso ist der Gesellenausschuss der Ansicht, dass die im
Entwurf vom 23. August 1900 bekannte Bäckerei-Ver-
ordnung, die Lage der Bäckerei-Arbeitsräume betreffend, sehr
nothwendig ist und im vollen Maße zur Geltung
kommen soll. Der Gesellenausschuss ersucht deshalb das
verehrliche Kaiserliche Reichslandgericht, im Interesse der
Bäckereigehülfen und des konsumirenden Publikums die
beiden Verordnungen aufrecht zu erhalten und den Ein-
gaben um Abschwächung derselben keine Folge zu geben.

Hochachtungsvoll
Der Gesellenausschuss der Handwerklammer
Freiburg i. Br.
Gerle, Vorsitzender.“

Nebenbei: Die Handwerklammer Freiburg plant, für
familiale ihr angehörigen Innungen die Einführung
eines Reverses, um die Arbeiter durch Unterschrift zu zwingen,
auf ihre Rechte, welche im § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches
niedergelegt sind, zu verzichten.)

G. Busch, Freiburg i. Br.

Aus unserem Berufe.

Kälberer-Stuttgart hat Schiffbruch ge-
litten! Bekannt ist unseres Kollegen, mit welchem Phrasen-
sinn Kälberer im Sommer den ihn als einen ehemaligen
Gözen anschauenden Getreuen verkündete: „Die Lohnbe-
wegung der Stuttgarter Bäckergesellen hat es zu Wege ge-
bracht, dass die Innung und Bäckermeister-Genossenschaft sich
verbünden werden!“ Dem war eine höhnische Be-
merkung angefügt, als wenn Kälberer schon den ganzen süd-
deutschen Bäckermeisterverband in der Tasche hätte. Jetzt ist
nun der Einigungsblöck in der gemeinschaftlichen Versammlung
am 12. Dezember in die Brücke gegangen und zwar des-
halb hauptsächlich, weil K. der bisher stets für Zwangsin-
nungen geschwärmt, mit einem Male e. klärte, noch diesen
Sommer das Handwerkergesetz und seine Wirkungen nicht ge-
nau gekannt zu haben und nun trat er für Bildung einer
freien Innung ein. Dies Manöver war so durchsichti, dass
auch die sonst sehr zähne Schäfchen der Genossenschaft nicht
darauf hüpfen! Und Kälberer schwört nun wie ein Ro-
hrsatz, weil er sich mit seiner Bäckermeister blamiert hat! — Uns
wäre es lieb gewesen, wenn aus der freien Innung und Ge-
nossenschaft nichts als ein großer Annaus-Innungsbrettl ge-
worden wäre, denn gegenüber der Gehülfenschaft und deren
minimalem Forderungen sind sich die feindlichen Brüder doch
völlig gleich! Jedoch, es hat nicht sein sollen!

Aus Kassel. Die Maßregelungen der Führer unserer
Mitgliedschaft haben es dahin gebracht, dass die organisierte
Arbeiterkraft nun mal den Bäckermeistern gezielt, dass der Ar-
beiter, welcher seinen eigenen Arbeiter das Koalitionsrecht
ausüben möchte will, auch logische Waffe auf die Kundmach-
stätte der Arbeiterkraft und deren Großstädte verzichten sollte. Vom
Gewerkschaftskartell ist ein Flugblatt an die Bevölkerung
herausgegeben, welches den Hetzgang der Sache berichtet und
die Brutalität der Innungslorchen schildert,

— Ob die Herren nun eine vernünftige Lehre aus diesem Kampfe ziehen werden?

Böchum. Wie großartig hier die Lehrlingszüchter und Ausbildung betrieben wird, beweist folgender Fall: Herr Streiter-Wallenscheid beschäftigt neben einem Gefellen zwei Lehrlinge, jedoch ist das hier im Allgemeinen nichts Selenes, aber Herr St. hat bloß dem Namen nach Lehrlinge in Wirklichkeit sind es nur Laufburschen, Haustiere und Blechpulpa. So zweideutige seinerzeit einer dieser Lehrlinge seine Lehrzeit von 3 Jahren und wurde derselbe auch vom Betriebsmeister, welcher auch zugleich Obermeister der Bäckerei war, nun eine vernünftige Lehre aus diesem Kampfe ziehen werden?

In Paris führen augenblicklich unsere Kollegen mit den übrigen Arbeitern der Nahrungsmittelbranchen einen harren Kampf gegen die private Stellenvermittelung, sogenannte Plazirungs-Bureaus. Die Auswucherung der arbeitslosen Kollegen wurde von diesen Seelenverläufern bisher in der schamlosen Weise betrieben. Schon vor Jahresfrist wurde in der Kammer ein Gesetz angenommen, daß diesem Stellenwucher ein Ende machen sollte. Dieses Gesetz liegt jetzt dem Senat vor. In der Kommission wurde aber der wesentlichste Punkt des Entwurfs, der die vollständige Beseitigung aller privaten Vermittlungsbureaus nach Ablauf von fünf Jahren vorsieht, verworfen. Die Arbeiter der Nahrungsmittelbranche von Paris haben deshalb eine rege Agitation entfaltet, um den Senat zur Annahme der ursprünglichen Fassung zu veranlassen. Fast täglich werden Versammlungen seitens der Schlächter, Bäder, Kellner, Köche, Konditoren, Barbiers usw. abgehalten. In einer Versammlung, die dieser Tage in der Bourse du Travail abgehalten wurde, fand eine Resolution Annahme, in der es hieß, die Arbeiter der Nahrungsmittelbranche seien fest entschlossen, der Ausbeulung, der sie durch die Vermittler ausgesetzt sind, ein Ziel zu setzen; sie erklärten, in den Generalstreit einzutreten, falls der Senat nicht die Fassung der privaten Stellungsvermittlungsbureaus beschließe.

Genossenschaftliches.

Die Berliner Genossenschaftsbäckerei "Vollbrod" erhebt in ihrem Jahresbericht schwere Anklagen gegen die dort beschäftigten Kollegen. Es heißt darin: Dass auch der Entwicklung unserer Genossenschaft große Schwierigkeiten im Wege standen, haben sich ihre Begründet nicht verdeckt. Sie wußten, mit welchen Mitteln im scharfen Konkurrenzkampf der Großstadt gekämpft wird, wie geringe Mittel und, wie wollten es nicht verschweigen, welches schwache Interesse in den Kreisen der Berliner Arbeiter, auf die sie allein rechnen durften, für ihr Unternehmen vorhanden war. Die kleine Anzahl der bisherigen Genossen und der auf Geschäftsentheil eingezahlte Betrag liefern hierfür wohl den kündigsten Beweis. Und dennoch waren dies noch nicht die größten Schwierigkeiten, welche entgegenstanden. Diese lagen vielmehr bei den Angestellten; in der Gleichgültigkeit, die sie für die von ihren Arbeitsergebnissen gegründete Genossenschaft zeigten, in der Untätigkeit, ja Gewissenslosigkeit, die bei einzelnen, namentlich Bäckereibürgern, hervortraten und der Genossenschaft schweren Schaden zufügten.

Der Konsumverein in Pottschappel berichtet über einen Umsatz von 1022 025 M. Reingewinn 92 885 M. Rückvergütung 8 p.M. Der Verein plant für das laufende Jahr den Bau eines Lagerhauses und einer Bäckerei.

Welche Bedeutung Brod und Bäckereiwaren in der gesammelten Produktion der so gut entwickelten englischen Genossenschaften und deren Eigenproduktion haben, eracht man aus einer Zusammenstellung des engl. Statistischen Amtes. Daraus ersicht man, daß in der Reihe der produktiven Tätigkeiten Müllerrei und Bäckerei, jede mit etwa einem Viertel der genossenschaftlichen Gesamtproduktion an der Spitze stehen, ihnen folgt die Schuhwaarenfabrikation mit einem Neuntel der Gesamtproduktion. Die hierzu gehörigen Zahlen sind: 1. Müllerrei 2 278 761 Pfd. Sterl.; 2. Bäckerei u. s. w. 2 604 493; 3. Schuhwaarenindustrie 1 214 958; 4. Landwirtschaft, Molkerei- und Fleischerei 952 707; 5. Bekleidungsindustrie 832 279; 6. Lebende Nahrungsmittelherstellung 787 459; 7. Textilindustrie 536 300; 8. Verschiedenes 1 128 282 Pfd. Sterl.

Frühere Bäckereimeister als Arbeiter in den Konsumbäckereien. Aus den Kreisen der in Konsumbäckereien beschäftigten Mitglieder schreibt man uns: Man sollte es kaum für möglich halten, daß einzelne dieser Betriebe mit Vorliebe ihre früheren Feinde einstellen. Doch das geschieht heute noch öfters, indem gewisse Bäckereimeister, die, so lange sie ihr Geschäft hatten, am meisten auf die Konsumbäckereien zu schimpfen wußten, dann froh sind, in solchem Betriebe Arbeit zu finden und auch nur zu gern anderen auf die Stellung feststellenden Kollegen vorgezogen werden. In den meisten Fällen können wir diesen Säuber geprägten Leuten die sichere Stellung, wenn sie dann nur zeigen, daß sie aus ihren französischen Erfahrungen gelernt haben und Freunde und Mitkämpfer der Genossenschaftsbewegung und unserer Gewerkschaft werden. Verharren sie aber auch dann noch in ihrem früheren Innungsdurst und ihrer Feindschaft gegen Genossenschaften und Arbeiterbewegung, so steht fest, daß sie auch nicht mit dem nötigen

Interesse und guten Willen ihre Stellung ausfüllen und eher den Genossenschaften hinderlich als förderlich sein können. Es ist uns mit Hilfe der Organisation gelungen, in den Genossenschafts- und Konsumbäckereien überall bedeutende Verbesserungen unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, die allen darin Beschäftigten zu Gute kommen, so haben wir auch ein Recht, von allen diesen unsern Mitarbeitern zu verlangen, ihre alten reaktionären Ideen abzustreifen und thätige Genossenschaftler, sowie auch Mitkämpfer in unserer Gewerkschaftsbewegung zu werben!

Versammlungs-Berichte.

Berlin. Eine sehr gut besuchte kombinierte Mitgliederversammlung der Bäckereien Berlin und Niedorf fand am 10. Dezember im "Rosenthalerhof" statt. Kollege Heybold erstattete Bericht über die Gaufkonferenz in Niedorf. Daran anschließend bedauerte Kollege Wödel, daß sein Vortrag, eine Agitationsschrift herauszugeben, vom Hauptvorstand abgelehnt wurde. Als Mitglieder des Gauvorstandes wurden die Kollegen Richter, Domei, Treiber und Barth gewählt. Zur Kommission, die die Verschmelzung der beiden Mitgliedschaften zu einer in die Wege leiten soll, wurden gewählt Richter, Hagemeyer, Brieskorn, Heybold, Lehner, Möst, Jung, Oberreicher, Schimmelpennin und Hentschel. Zur Errichtung eines Bureaus und Anstellung eines beauftragten Beamten hatte Kollege Brieskorn das Referat. In lebhafter Diskussion sprachen sich alle Redner für dieses Projekt aus und wurde demgemäß beschlossen. Als Beamt wurde M. Barth gewählt. Über die Arbeitslosenunterstützung konnte wegen vorigerlicher Zeit nicht mehr gesprochen werden und wurde noch auf das Weihnachtsvergnügen am ersten Festtag im Gewerkschaftshaus hingewiesen.

Dresden. Mitgliederversammlung am 5. Dezember. Nachdem das Protokoll verlesen war, gab der Kassier Bericht über die Monatsabrechnung, die von den Revoluten für richtig befunden wurde, weshalb der Kassier entlastet wurde. Dann kam das Resultat über die Urabstimmung zur Sprache, die sich wegen Einführung der Arbeitslosenunterstützung nötig machte. Da bereits in diesem Jahre der wöchentliche Beitrag von der Generalversammlung am 10. 12. erhöht wurde, protestierte die Mitgliederversammlung gegen die willkürliche Festlegung der Beitragshöhe seitens des Hauptvorstandes und Ausschusses, da nach den statutarischen Bestimmungen die Erhöhung der regelmäßigen Beiträge vorerst durch den Verbandstag beschlossen werden müsse, aber auf dem letzten Verbandstag der regelmäßige Beitrag von 40 M. nicht beschlossen worden ist. Da infolge des wirtschaftlichen Niederganges und der großen Arbeitslosigkeit unter den Kollegen und Mitgliedern sowieso schon ein Rückgang in der Organisation zu verzeichnen ist, so würde durch die Erhöhung der Beiträge auf 40 M. die hiesige Organisation sehr geschwächt werden. Die Versammlung beschloß deshalb im Interesse und zur Erhaltung der hiesigen Organisation auf die Arbeitslosenunterstützung zu verzichten und die bisherigen Beiträge, wöchentlich 30 M., weiter zu erheben, bis der nächste Verbandstag die regelmäßigen Beiträge anderweitig festsetzt. Dem Beschuß des Hauptvorstandes nachzuhelfen, im Anfang Januar eine Mitgliederversammlung einzuberufen, in der ein Mitglied des Hauptvorstandes die Mitglieder von der Notwendigkeit der Unterstützungs Zweige im Verbande überzeugen soll, wird mit Rücksicht auf die unzähligen Unstufen, die eine solche Reise verursacht, abgelehnt. Die Mitglieder wurden eingehend ermahnt, unter den bisherigen Verhältnissen dem Verbande treu zu bleiben und ihre rückständigen Beiträge zu begleichen. Im Gewerkschaftlichen wird bekannt gegeben, daß der Bäckereimeister A. Neubert, Löbau, Reisewitzer Straße 12, Ecke Wilsdruffer Straße, seine mit der Organisation vereinbarten Zugeständnisse in Bezug auf Abschaffung des Kost- und Logiswesens zurückgezogen hat, und alle Vorstellungen der Lohnkommission, die bewilligten Forderungen inne zu halten, hatten keinen Erfolg. Des weiteren kam die Vergebung der Konsum-Stollen-Lieferung zur Sprache, und wurde das Verhalten des Löbauer Konsumvereins einer scharfen Kritik unterzogen, da diese Verwaltung trotz wiederholter Vorstellungen bezw. Zugeständnisse an die Lohnkommission ihre Lieferung theilsweise an Bäckereimeister vergeben hat, welche ihr als vollständige Gegner der Arbeiterorganisation und deren berechtigten Forderungen bekannt waren, während andere Lieferanten, die diesen Forderungen entsprechen, zurückgestellt wurden. Die Kommission spricht ihr Bedauern aus, daß sie sich erst die viele Mühe um das Entgegenkommen der Löbauer Konsumverwaltung unzüglich gemacht hat und hält es am Platze, daß in Zukunft gegen solches Verhalten öffentlich vorgegangen wird. Ebenfalls lehnte der Lieferant des Striesener Konsumvereins, Bäckereimeister Rothe, Augsburger Straße 80, jede Forderung bezw. Vereinbarung mit der Organisation ab.

(Anm. d. Red.: Es zeigt nicht gerade von demokratischem Unterordnen der Minorität einer Korporation unter die Beschlüsse der Majorität, wenn die Dresdener Mitglieder sich gegen den mit überwältigender Majorität gefassten Beschuß der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung ausspielen! Lehnlich wurde schon bei der Erhebung der Streitbeiträge von der Dresdener Mitgliedschaft verfahren und schließlich, als sich die berüchtigte Mitglieder beruhigt hatten, haben sie doch ein, daß sie sich fügen müssten. Ganz willkürlich ist aber die dort berüchtigte Auslegung des § 34 des Statuts (in neuen Büchern § 33), der lautet: "Beschlüsse des Verbandstages, welche die Erhöhung oder Ermäßigung der regelmäßigen Beiträge betreffen, sind den Mitgliedern zur Urabstimmung zu unterbreiten. Über andere Beschlüsse des Verbandstages hat die Urabstimmung zu erfolgen, wenn drei Viertel der anwesenden Delegierten solches verlangen." Also darnach ist, wie es auch nicht anders sein kann, die Urabstimmung der Mitglieder die höchste Instanz in einem Verband; derselbe war nicht nur die Frage, "ob Arbeitslosen-Unterstützung oder nicht", sondern auch die Frage der Beitragshöhe mit vorgelegt und wenn mit 3/4 Majorität solcher Beschuß gesetzt wird, dann kann es eben auch für die Gegner der Unterstützungsweisen weiter nichts geben, als sich der Majorität zu fügen! Anders als wie hier geschehen, nach den Beschlüssen des Verbandstages zu verfahren, war unmöglich und das müssen doch auch die Dresdener Mitglieder einschauen.)

Hamburg. Mitgliederversammlung am 8. Dezember. Zum ersten Punkt: "Unsere Aufgaben beim wirtschaftlichen Frieden" referierte Kollege Friedmann-Hamburg. Redner wendet sich am Schluß des Vortrages gegen die Agitation betr. Abschaffung der Nacharbeit und spricht seine Bewunderung über die Einstellung der Delegierten auf der Lüneburger Gaufkonferenz aus. Redner schließt keinen interessanten Vortrag mit dem Wunsche, im Sinne der Mainzer Beschlüsse weiter zu agitieren. In der Diskussion spricht Rose und wendet sich gegen die Ausführungen des Referenten bezw. der Nacharbeit, und nimmt die Delegierten von der Gaufkonferenz in Schutz. Im Schlußwort legt der Referent noch-

mals die Stellung des Hauptvorstandes zur Frage der Nacharbeit vor. Den Kartellbericht gab Kollege Beier.

München. Eine gut besuchte Bäckergehüßenversammlung tagte am Mittwoch Nachmittag im "Kreuzbräu". Über den ersten Punkt der Tagesordnung: "Welche Forderungen haben die Arbeiter an die heutige Gesellschaft zu stellen?" referierte in Verhinderung des Landtagsabgeordneten Ad. Müller Redakteur M. Gruber. Redner legte in Kürze die allgemeinen Forderungen dar, die sowohl im Interesse der Arbeiter als auch im Interesse der Gesellschaft gestellt werden müssen. Zur Verbesserung der Betriebsungen, die Lage des wirtschaftlichen Volkes zu verbessern, bedarf es eines unausgesetzten, ernsten und schweren Kampfes. Um diesen erfolgreich zu führen, ist der Zusammenschluß aller Arbeiter dringend notwendig. In politischen wie in gewerkschaftlichen Vereinen sollen die Arbeiter zu geschulten und tüchtigen Mitstreitern herangebildet werden, die auch in dem großen Interessenkampf, der zwischen den bestehenden und den besiegteten Klassen ausgefochten ist, ihren Mann stellen. Mit dem Klassengeiste muß der Arbeiter auch das Pflichtbewußtsein bereinigen, das ihn von selbst dazu treibt, sich der Organisation anzuschließen und sich in die Reihen der Kämpfer zu stellen für die Rechte des vierten Standes. Eines unserer besten Kampfmittel ist die Arbeiterpresse, die uns die schneidigsten Waffen liefert, die Aussklärung und Bildung unter die Volksmassen trägt. Darum ist es auch Pflicht jedes Arbeiters, dazu beizutragen, daß die Arbeiterpresse immer weitere Verbreitung findet und damit auch unsere Ideen in immer weiteren Kreisen Eingang finden. Die Ausführungen des Referenten wurden mit großem Beifall aufgenommen. — Den zweiten Punkt der Tagesordnung: "Was thun wir mit den nicht bewilligten Bäckereien?" behandelte Kollege Gähner. Redner betonte, daß zur Zeit etwa 430 Bäckereien mit rund 900 Gehüßen zu den vor zwei Jahren errungenen Bedingungen arbeiten. In 220—230 Betrieben ist das Kostwesen noch vorhanden; darunter sind viele, die damals die Forderungen bewilligten. Wohl glaubte man, daß diese Meister ebenfalls successiv das Kostwesen abschaffen werden. Daß dies nicht geschehen, daran tragen zumeist die Kollegen selbst die Schuld. Das Stillleben, das die Bäder seit zwei Jahren geführt, hat sozusagen schädigend auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen gewirkt. Dadurch, daß die Kollegen nach dem Streit der Organisation den Rücken kehren, sei der Respekt der Meister vor dem Verbande geschwunden, und wenn die Lauheit der Kollegen so weiter geht, so werden die Errungenschaften nach und nach verloren gehen. Durch die gänzliche Beseitigung des Kostwesens beim Meister sollen auch aus den Bäckergehüßen freiere und unabhängige Arbeiter werden. Redner schlägt vor, im Frühjahr, wenn die Konjunktur im Bäckergewerbe wieder besser wird, den Kampf auf gänzliche Beseitigung des Kostwesens beim Meister wieder aufzunehmen. (Beifall.) Die Diskussion entrollte wieder ein Bild von geradezu eiserne regenden Zuständen, die zuweilen noch in einigen Bäckereien bestehen. Einmalig wurde geltend, daß die Bäckerei die Kontrolle der Bäckereien sehr mangelhaft und nachlässig ausgeübe, und es wurde deshalb verlangt, daß die Wohnungspolizei insbesondere auch auf die Schäßfellen in den Bäckereien aufzudehnen wird. — Als Kuriosum teilte ein Kollege vom Lande mit, daß in seinem Bezirk die Kontrolle der Bäckereien einem Magistratsrat übertragen ist, der mit den Bäckereimastern insofern in enger Verbindung steht, als er Besitzer einer Kunstmühle ist und die Bäckereimeister das Mehl von ihm beziehen. Nach dem Schlußwort des Referenten wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: "Die heutige von 500 Kollegen h-für öffentliche Bäckerversammlung stellt nach Anhörung des Referenten fest, daß die Bäder in jeder Beziehung gegenüber allen anderen Arbeitern noch sehr rückständig sind. Deshalb versprechen die anwesenden Kollegen, den Kampf für die wirtschaftliche Besserstellung von nun an wieder mit aller Macht aufzunehmen. Ferner halten es die anwesenden Kollegen für die Ehrenpflicht jedes Einzelnen, dem Verbande beizutreten, um in Bälde auch mit denjenigen Bäckereien aufzuräumen, wo das vermerkte Kostwesen noch vorhanden ist. Die Versammlung beauftragt das Bureau, im Januar eine große öffentliche Versammlung einzuberufen, um die ersten Schritte zur Fortsetzung der Bekämpfung des Kostwesens herzulegen zu können, und erwartet die Versammlung, daß sich jedes Nichtverbandsmitglied dem Verbande anschließe, damit der Kampf wieder energisch aufgenommen werden kann."

Offenbach a. M. Die Versammlung vom 10. Dezember freute sich eines Besuches von 44 Mitgliedern. Man sieht daran die große Lauheit und das geringe Interesse, welches die Offenbacher Gelehrten für diesen Fortschritt übrig haben. Kollege Pfug aus Darmstadt hielt einen 3/4 stündigen lehrreichen Vortrag über: "Abschaffung der Nacharbeit unter heutigen Verhältnissen" und legte den Kollegen ans Herz, wie weit die Bäder hinter den anderen Arbeitern zurück sind, und wie leicht sie sich durch geschlossenes Auftreten zu ihrem Recht verhelfen könnten. Der Vortrag wurde zwar mit Beifall aufgenommen, ob der Beifall vom Herzen kommt, bezweifle ich. Kollege Pfug und Riedel meinten, wie die Natur ihre Nachtruhe hat, müssen doch wir Bäder auch ein Recht darauf haben. Kollege Eisele schlägt vor, daß ein Antrag auf der nächsten Generalversammlung an den Bundestrat gestellt wird, befußt Abschaffung der Nacharbeit; dieser wurde einstimmig angenommen. Kollege Pfug forderte in seinem Schlußwort die Gehüßen auf, dem Verbande beizutreten, da nur in diesem Falle Wandel geschaffen werden könnte.

Karlsruhe. Am Sonntag Nachmittag 3 Uhr tagte im "Schwarzen Adler" eine öffentliche Bäckerversammlung. Da die Versammlung weniger von Kollegen als von Genossen anderer Berufe besucht war, wurde von dem Vortrage: "Über die Technik im Bäckergewerbe" abgesehen und wurden die letzten Vorgänge im Karlsruher Bäckergewerbe zur Diskussion gestellt. Kollege Freiburger geholt die Wohlstände, die hier am Orte herrschen, während Genossen Weißheit das Verhalten der Karlsruher Kollegen, sowie die Worte und Thaten des Herrn Obermeisters Schied im rechten Lichte zeigte. Mit Bezug auf die Ausführungen des Redner wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: "Das Bureau der heutigen Versammlung wird beauftragt, den Bäckermeistern Fragen zu stellen, auf welchen sie hauptsächlich beantworten sollen, ob sie organisierte Kollegen in ihren Betrieben dulden wollen oder nicht. Das Resultat ist einer öffentlichen Versammlung vorzulegen, welche vom Bäckermeister resp. Vorsitz der sozialdemokratischen Partei in aller Kürze einzuberufen ist."

Bad Reichenhall. Am Mittwoch, den 11. Dezember, fand unsere sehr stark besuchte Mitgliederversammlung statt. Nach Aufnahme einiger Mitglieder, Einzahlung und Belehrung des Protokolls und Rechenschaftsberichtes erstattete Kollege Hausmann den Kartellbericht. Die hierauf folgende Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft.

Verschiedenes.

Wus alter Zeit. Den Bädern wurde zu Anfang eines jeden Monats befohlen, "wie viel Brot ein Weiß wiegen und wie schwer sie das Brot geben sollen, alles nach Gelegenheit, daß der Weiß und Roggen zu derselben Zeit geladen würden, also daß man gut Brot und Weizen um gebührließ Pfanningswert zu jeder Zeit bekommen möge." Steigen der Roggen- und Weizenpreise war in dem betreffenden Monat ohne Einfluß auf den Preis des Brotes. Und so die Bäder vorin unwillig oder brüchig befunden, sollen sie gestraft und nach Gelegenheit des Baden verboten werden. Wo aber die Bäder mutwillig steigen und nicht, wie sich gebührt, bauen wollten, so soll nothdürftige Fürschung derselben geschehen, daß durch andere gebakten und der gemeine Mann verorgt werde." Wenigstens vier Mal im Jahre, "wann man sich des am Wenigsten versicht", mußte die Obrigkeit "umgangen, Brod und Weizen auf den Läden und im Haus beschützen und wiegen. Welches dann nicht frischig befunden, dasselbig den Armen geben und dazu von den Bädern die Brucht nehmen."

Ein Ausstand der Bäder im Alsterthum. Die Sammlung der griechischen Inschriften von Magnesia am Mander, die Professor Otto Kern im Auftrage der Königlichen Museen zu Berlin uns längst herausgegeben hat, weist in ihrem sehr reichen Inhalt eine Urkunde auf, die uns von einem merkwürdigen Ereignisse Kunde giebt. In Magnesia geschah zur Zeit der römischen Kaiser die Herstellung des Brotes durch Arbeiter, die, wie es scheint, von der Stadtverwaltung abhängig waren und wohl nur eine mögliche Lohnung erhielten. Durch die Roth gezwungen oder lediglich in der Hoffnung, in eine bessere Lage zu kommen — es läßt sich die bestimmte Ursache nicht ausfindig machen — rissen sie sich eines Tages zusammen, verweigern die Arbeit und bringen die damals weit über 30 000 Einwohner zählende Stadt in große Verlegenheit. Um ihrer Spize standen, was sehr verdächtig für die Zustände ist, die Vorsteher der einzelnen Bäckhäuser; hier meistens also die Meister mit den Gesellen gemeinschaftliche Sache. Indessen nahm der Ausland einen ungünstigen Verlauf. Eine Volksversammlung ward augendrücklich einberufen und beschloß, den römischen Proconsul um sein Einschreiten zu ersuchen. Der Römer schreibt zurück, daß er um des lieben Friedens und des öffentlichen Wohles willen von einer Bestrafung der Bäckerschäfer absiehe, daß er aber eine Verordnung erlassen des Inhalts, daß von nun an jede Zusammenrottung der Bäcker verboten sei, daß die einzelnen Meister der Stadt gefügt sein sollen und daß jeder, der nun noch Vorm und Aufruhr anstiftet werde, einer hohen Strafe anheimfalle. Da die Instruktion sehr verschwommen ist, so läßt sich dieses heute nicht mehr erkennen, so viel aber ist sicher, daß die Bäcker sich alsbald wieder gefügt haben.

Zündholzfabrication in Deutschland. Die deutsche Zündholzfabrication ist, wie von sachverständiger Seite in der "Münchner Allg. Zeit." geschildert wird, in seiner Ausdehnung sehr eingeschränkt. Der Handel wird durch die Zoll- und Monopolverhältnisse des Auslandes mehr und mehr auf den ostasiatischen Markt angewiesen. Während beispielweise in der Zeit von 1865—79 die Ausfuhr von Zündholzern aus Deutschland von 1 050 000 kg auf 4 580 000 kg jährlich gestiegen ist (allerdings bei einer gleichzeitigen Zunahme der Einfuhr von 729 000 kg auf 3 490 000 kg), bestieg im Jahre 1895 der Export nur noch 2 033 000 kg im Werthe von 1 000 000 £ und im Jahre 1900 2 024 000 kg im Werthe von 850 000 £, wobei Belgien und Holland die Hauptabnehmer waren. In Frankreich, Spanien, Griechenland, Serbien, Rumänien sind keine entweder Erzeugung oder Verkauf oder Beides durch den Staat monopolisiert. Alle diese Länder sind natürlich der deutschen Fabrik verhältnißig. Auch der früher bedeutende Absatz nach Japan hat ganz ausgehört, während dort seit Anfang 1895 die Zündholzerei einer besonderen Abgabe unterliegt. Der Export nach China erholt durch die überraschende Entwicklung der japanischen Zündholzfabrication einen starken Absatz; die Konkurrenz Japans wirkt momentan bedrohlich besonders ja, weil in Japan außerordentlich geringe Arbeitskräfte benötigt werden, wodurch die japanischen Zündholzfabricationen bis deutlichen Kosten entsprechen müssen. Im Jahre 1889 hat Deutschland zur Abwehr der freien, unkontrollirten Importe einer Zoll auf ostasiatische Zündholzer gelegt und zwar im Betrage von 3 £ für 100 kg brutto. Trotz der Geringfügigkeit dieses Zolls verzögerte sich die Einfuhr zunächst recht bedeutlich. Schon 1891 wurde der Zoll für Zündholzer auf 20 Marken auf 10 kg erhöht, was wieder eine erhebliche Erhöhung des Zolls zur Folge hatte, der für 1898 auf 360 900 kg, 1895 auf 292 500 und 1900 auf 280 600 kg, in der Hauptstadt Wandsbek belastet. Seit den 70er Jahren sind die japanischen Zündholzereien nicht mehr von den ostasiatischen Reichsholzern verdrängt worden. Die Anfangs sehr starke Einfuhr aus Schweden hat inzwischen, nachdem zwischen die deutsche Industrie sich der Absatz der Hauptindustrie zu unterwerfen verpflichtet hat, bald eine bedeutende Veränderung erzielt und betrug z. B. in den letzten Jahren nur noch 147 000 kg. Es tritt zur Zeit im Deutschen Reich 80—90 Zündholzfabrica, deren Gesamtproduktion auf etwa 25 Millionen kg jährlich geschätzt wird.

Befreiung des Hauptmarktes.

Am 1. Januar 1901 kommen noch zwei vor, in denen teilhaben Mitglieder des Reichs-Unterhändlers von den Zollfreien verabschiedet wird, aber die drei Mitglieder nach der Statut noch die Freiheit auf die gleiche erordnet haben. So wurde frischig in Hamburg dem Mitgliede **W. H. Haussman** an die Befreiungserklärung erachtet und betrug z. B. in den letzten Jahren nur noch 25 Millionen kg jährlich geschätzt wird.

4. Oktober ebenfalls in Offenbach (auch wieder zu Unrecht, denn an jedem Tage darf nur einmal Unterstützung ausbezahlt werden), am 5. Oktober in Mainz, 7. Oktober in Wiesbaden, 9. Oktober in Darmstadt, 1. November in Homberg v. d. H., 3. November in Gießen und 8. November in Hannover Reiseunterstützung. In diesen acht Städten wurde ihm zu Unrecht die Unterstüzung ausbezahlt, was aufs Schärfste zu tadeln ist, ebenso, daß in Darmstadt und Hannover das Datum der Auszahlung nicht in dem Mitgliedsbuch vermerkt wurde.

Hier hätte jeder, der mit Unterstützungsbezahlung betrauten Kollegen die Pflicht gehabt, die Reiselegitimation zu entziehen, nicht aber noch dem dazu nicht Berechtigten die Unterstüzung ausbezahlt dürfen. Der Vorstand erwartet, daß die Mitgliedschaften dafür sorgen, die statutarischen Bestimmungen genauer einzuhalten.

Um nicht noch im neuen Jahre mit den alten 30 Marken rechnen zu müssen, hat der Vorstand die Freist. bis zu welcher die Mitglieder ihre Beiträge bezahlt haben müssen, bis zum 15. Januar verlängert. Nach diesem Termin sind aber sofort die Reisebücher für Dezember zu schließen, die Abrechnung fertigzustellen und die alten Marken mit denselben einzufinden. Wer also nach dem 15. Januar noch Beiträge vom alten Jahr zu bezahlen hat, kann dies nur gegen Marken à 40 S pro Woche.

Der Vorstand und Ausschuß des Verbandes hielten sich nicht für berechtigt, einzelne durch die Einführung der Unterstützungswege sich notwendig mackende Statutenänderungen in Bezug auf Reiseunterstützung und Entlast der Beiträge bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit vorzunehmen. Deshalb wird bis zum nächsten Verbandstage die Reiseunterstützung in bisheriger Form weiterausbezahlt; auch haben die Mitglieder bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit wie bisher das Recht, nach § 8 Abs. 5, Entlast der Beiträge zu beanspruchen. Da aber hierdurch ihre Unterstützungsberechtigung hinausgeschoben wird — nur wer 52 Beiträge à 40 S geleistet hat, hat ein Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung — liegt es im eigenen Interesse der Mitglieder, daß sie nicht während der Arbeitslosigkeit und Krankheit sich die Beiträge erlassen, sondern nur zu zahlen lassen und dieselben dann nachzuzahlen, sobald sie wieder in Arbeit stehen.

Den Vorständen der Mitgliedschaften sind mit dem letzten "Correspondenzblatt" je zwei Berichtsformulare an die Gauvorstände überwandt worden. Wir ersuchen dringend, dieselben genau auszufüllen für das vierte Quartal und ein Exemplar sofort dem betreffenden Gauvorstand nebst den 1½ S pro vereinahmten Beitrag zu übersenden. Durch die genaue Ausfüllung dieser Formulare wird den Gauvorständen die Überprüfung der Mitgliedschaften im Gau und deren Tätigkeit erleichtert und läßt sich am Jahresende zu statistischen Zwecken verwerten.

Desgleichen sind den Gauvorständen Abrechnungen für das 4. Quartal zugesandt. Nach dem Eingange der Berichte und Beiträge seitens der Mitgliedschaften haben die Gauvorstände die Abrechnungen an den Hauptaufseher einzufinden. Diese werden am Jahresende zusammengestellt und der Jahres-Abrechnung des Verbandes im Januar angefügt.

Alle unsere Mitglieder ersuchen wir dringend, wie im Januar stattfindenden Mitgliederversammlungen zu besuchen, in denen die Vorstände gewählt nach dem Statut vorzunehmen sind.

Von außerordentlicher Wichtigkeit ist es für jedes Mitglied, daß nur die tüchtigen und fähigen Mitglieder in den Vorstand gewählt werden und wo bisher schon solche Kollegen in der Verwaltung saßen, daß dieselben wieder gewählt werden, denn nichts schädigt eine Organisation mehr, als östlicher Wechsel der Personen in den Räumen der Verwaltung.

Es kann ist bei den Wahlen so viel wie möglich darauf Rücksicht zu nehmen, daß möglichst nur am Ende erfahrene Mitglieder, von denen nicht anzunehmen ist, daß sie nach einigen Wochen schon wieder abreisen, mit dem Vorstandswahlen betraut werden. Das Gleiche gilt bei der Wahl der Abgeordneten, welche nicht nur dazu gewählt werden, die monatlichen Abrechnungen zu unterschreiben, sondern monatlich mindestens einmal eine gründliche Revision der Kasse, Bücher, Rechnungen und des verhandelten Materials der Mitgliedschaft vorzunehmen haben.

Der Verbandsvorstand. **J. A. O. Allmann, Vors.**

Zeitung.

An der Woche vom 23. bis 29. Dezember gingen bei der Hauptklasse folgende Beiträge ein:

Für den Monat November: Mitgliedschaft Homberg v. d. H. à 620, Elberfeld 17.10, Düsseldorf 20.—, Köln 10.—.

Für die Monate Oktober und November: Regensburg à 833, Landshut 43.—.

Sonstige Zahlungen der Hauptklasse: F. L. Burgmannsbad à 120; F. G. Güstrow 5.—; G. F. Lubitschen 2.10; M. S. Laibach 2.—; E. H. Coblenz 180; A. A. Walzrode 7.90; F. R. Strasburg 2.40; F. B. Celle 3.—.

Für Annalen: Mitgliedschaft Hamburg à 5.20; C. R. Hamburg 20.20.

Für Protokole: Mitgliedschaft Elberfeld à 60.—.

Der Verbandsvorstand. **F. Friedmann.**

Briefsäulen.

Allen Vorstandsmitgliedern und Vertrauensleuten des Verbandes für die Gratulationen zum Jahreswechsel besten Dank!

Der Verbandsvorstand.
Die Redaktion der Bäder-Zeitung.

Auzeigen.

Staunend billig!

Kauf Sie neue und getragene Herrenkleider in den bekannten

Bäcker-Einkaufsquelle.

Große Auswahl in Hosen, Anzügen, Überziehern u. Arbeitshosen in allen Preislagen und Qualitäten.

J. H. Bleck, München,
Brunnstr. 3, via-à-via Freiheit.

Bitte genau auf die Summe zu achten.

Allen Kollegen empfiehle meine
Gastwirtschaft u. Frühstückslokal
Grosser Bäckergang 7, Hamburg

M. 2.40) Achtungsvoll Ernest Stahl.

R. Reling, Hamburg 19, Faberstr. 1

Täglich frisch geröstete Kaffees

Lieferung frei ins Haus — Post- und Bahnversand

Unserem Kollegen **E. Jörn** zu seinem heutigen Wiegensepte ein donnerndes Hoch, daß die ganze Lösch wackelt. Ob bei sich wohl wat marken lebt!
Mehrere durftige Seelen aus dem M. 1.40] Altonaer Sängerheim.

Basel (Schweiz)

Das Verkehrslatal der Bäckergewerkschaft befindet sich jetzt im Hotel zur Blume, Schiffstraße-Schwanengasse.

München. München.

Café Mikado.

Ecke Einlas, Rumford- und Müllerstrasse.

Jeden Sonntag, Mittwoch und Freitag neuester
Hauptsammelpunkt der Bäcker Münchens.

4.3.60]

J. C. Meyer,
Gastwirtschaft und Frühstückslokal

Hamburg; Neuer Steinweg 54, Ecke Hütten empfiehlt den geehrten Bäckern sein Lokal aufs Beste. Warme u. kalte Speisen. ff. Erbsen u. Bohnensuppe

Versammlungs-Anzeiger.

Altona. Gemeinsch. Mitgl.-Berl. Sonntag, 12. Januar, Nachm. 3 Uhr, bei Echo, große Freiheit.

Berlin. Dörfensl. Berl. Dienstag, 7. Januar, bei Brochow, Weberstr. 17.

Berlin. Mitgl.-Berl. Dienstag, 14. Januar, im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11—12.

Berlin. Dörfensl. Berl. Mittwoch, 8. Januar, im Lokal „Zur blauen Traube.“

Braunschweig. Dörfensl. Berl. Mittwoch, 8. Januar, Nachm. 4 Uhr, in der „Engl. Krone“. (Referent: Ullmann-Hamburg.)

Bergedorf. Mitgl.-Berl. Sonntag, 12. Januar, Nachm. 3½ Uhr, bei W. Stille, Sachsenstraße.

Böhm. Mitgl.-Berl. Sonntag, 5. Januar, bei Keller, Marienstraße.

Düsseldorf. Mitgl.-Berl. Sonntag, 5. Januar, Worm. 10½ Uhr, im „Venrather Hof“, Königallee.

Darmstadt. Jeden Dienstag Diskuturstunde i. Vereinslokal.

Dortmund. General-Berl. Sonntag, 12. Jan., Nachm. 4 Uhr, bei W. Mühlhausen, 1. Kampstr. 73.

Eisen a. d. Ruhr. Mitgl.-Berl. Sonntag, 5. Januar, Nachm. 3 Uhr, bei Kivitt, Bergstr. 19.

Forsl. Mitgl.-Berl. Sonntag, 12. Januar, Nachm. 3 Uhr, bei Schulz, Karlstr. 2.

Hamburg. Gemeinsch. Mitgl.-Berl. Sonntag, 19. Jan. Nachm. 2½ Uhr, in der „Lessinghalle“, Gänsemarkt.

Hamburg. Mitgl.-Berl. Sonntag, 5. Januar, Nachm. 4 Uhr, bei Lüffenhof, 1. Bergstr. 7.

Herburg. Generalsverl. Sonntag, 12. Januar, Nachm. 3 Uhr, bei Lüffenhof, 1. Bergstr. 7.

Hannover. Dörfensl. Berl. Dienstag, 7. Januar, Nachm.

4 Uhr, im „Ballhof“ (Referent: Ullmann-Hamburg.)

Hamburg. (Sektion Großbäcker) Mitgl.-Berl. Sonntag, 5. Januar, Nachm. 2½ Uhr, bei Kammeyer, Beuthausmarkt.

Hamburg (Sektion Weißbäcker). Mitgl.-Berl. Donnerstag, 9. Januar, Worm. 10 Uhr, in der „Lessinghalle.“

Ilsch. Mitgl.-Berl. Mittwoch, 8. Januar, Nachm. 3½ Uhr, bei Wiedehorst, Am Sandberg.

Kiel. Mitgl.-Berl. Mittwoch, 8. Januar, Nachm. 5 Uhr, bei Seemann Schevenbrücke.

Köln. Mitgl.-Berl. Mittwoch, 8. Januar, Nachm. 4 Uhr, bei F. Becker, Paulstraße 10.

Kassel. Dörfensl. Berl. Donnerstag, 9. Januar, Nachm. 4 Uhr, bei Buchbach, Schäfersgasse 14. (Referent: Ullmann-Hamburg.)

Leipzig. Mitgl.-Berl. Mittwoch, 8. Januar, in der Flora, Windmühlenstr. 16.

Lübeck. General-Berl. Sonntag, 5. Jan., Nachm. 3 Uhr, im Vereinslokal, Johanniststr. 50—52.

München. General-Berl. Mittwoch, 8. Januar, Nachm. 4½ Uhr, im „Kräuzbräu“. (Verlesen der Mitgliederliste)

München. Jeden Dienstag von 2—4 Uhr, Diskuturstunde im „Brunnhof“, Brunnstr. 3.

Neumünster. Mitgl.-Berl. Sonntag, 5. Januar, Nachm.

4 Uhr, bei Kellermann, Blönerstr. 7.

Plauen i. Vogtl. General-Berl. Sonntag, 5. Januar, Nachm. 3 Uhr im Rest. „Gärtnerhal“, Jöhnsickerstraße.

Plauenscher Grund. Mitgl.-Berl. Sonntag, 5. Januar, Nachm. 3 Uhr, im Restaurant „Germania“, Plauen, Wasserstraße 9.

St. Johann-Saarbrücken. Mitgl.-Berl. Sonntag, 5. Jan., Nachm. 3 Uhr, im „Kaisersaal“, Hosenstr. 9.

Stuttgart. Dörfensl. Berl. Donnerstag, 9. Januar, Nachm. 3 Uhr, im „Römischen König“, Holzstraße.

für die Redaktion verantwortlich: O. Ullmann, Hamburg.

Gr. Neumarkt 28. — Verlag von O. Ullmann, Hamburg.